

Antrag B08: Sichere Arbeitswege

Antragsteller*in:	DGB-Bundesfrauenausschuss
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung

1 Der DGB wirbt dafür, das Thema der sicheren Arbeitswege insbesondere für Frauen als
2 politisches Handlungsfeld stärker in den Fokus zu nehmen.
3 Der Weg zur Arbeit und wieder nach Hause ist ein wichtiger Bestandteil des
4 Arbeitstages von Beschäftigten, der als Teil des betrieblichen Arbeitsschutzes noch
5 stärker mitgedacht werden muss. Gesetzgeber, Arbeitgeber*innen, betriebliche
6 Interessenvertretungen und Unfallversicherungsträger sind hier in der Pflicht,
7 Verantwortung zu übernehmen, um insbesondere Arbeitswege von Frauen, non-binären und
8 transgeschlechtlichen sowie queeren Menschen sicherer zu gestalten. Dem Ansinnen, den
9 Unfallschutz für Wegeunfälle auszuhöhlen, wie es teilweise politisch diskutiert wird,
10 stellt sich der DGB konsequent entgegen. Die Verbesserung der Sicherheit im
11 öffentlichen Raum ist von großer Bedeutung bei der Prävention von Wegeunfällen
12 Als Gewerkschaften stellen wir uns ausdrücklich gegen die rassistischen Forderungen
13 rechtsextremer Kräfte, explizit weiße Frauen und Mädchen zu schützen. Diesen auf
14 patriarchalen Rollenstereotypen basierenden Diskurs lehnen wir ab.

15

16 **Der DGB fordert die Bundesregierung auf**, Arbeitgeber im Rahmen der Umsetzung der ILO-
17 Konvention 190 noch stärker in die Pflicht zu nehmen, Maßnahmen für sichere
18 Arbeitswege zu ergreifen und sie als Teil des Gesundheitsschutzes anzuerkennen. Dazu
19 gehören:

- 20 • Überprüfung und Anpassung der bestehenden gesetzlichen Regelungen, um
21 sicherzustellen, dass alle Arbeitgeber alle Maßnahmen ergreifen, um die
22 Sicherheit der Arbeitswege ihrer Beschäftigten zu gewährleisten. Arbeitgeber
23 sind dazu anzuhalten, klare Regelungen insbesondere für die Sicherheit von
24 Frauen, non-binären und transgeschlechtlichen sowie queeren Menschen auf ihrem
25 Arbeitsweg zu treffen. Dazu zählen u. a.
 - 26 • die Kopplung des Arbeitsbeginns und -endes an die Fahrzeiten des
27 öffentlichen Nahverkehrs sowie betriebliche Lösungen für den Fall, dass der
28 ÖPNV keine sicheren und regelmäßigen Verbindungen zu den Arbeitszeiten
29 bietet (z. B. Bereitstellung von Betriebsfahrten, Nutzung von Taxis auf
30 Kosten der Arbeitgeber).
 - 31 • Aufenthaltsräume im Betrieb, die als sicherer Ort vor und nach Ende der
32 Arbeitszeit genutzt werden können, beispielsweise um Wartezeiten zu
33 überbrücken. Diese Räume müssen ungestörte Rückzugszonen bieten und mit
34 grundlegenden Einrichtungen wie einem sicheren Zugang und ausreichender
35 Beleuchtung ausgestattet sein.
 - 36 • verpflichtende betriebliche Konzepte für sichere Arbeitswege als
37 Voraussetzung für Sonntagsarbeit und Mehrarbeit/Überstunden.

38

39 **Der DGB ermutigt betriebliche Interessenvertretungen, Betriebsvereinbarungen**
40 **abzuschließen mit dem Ziel** konkreter Regelungen in Bezug auf sichere Arbeitswege.
41 Regelungsinhalte können u. a. Maßnahmen wie flexible Arbeitszeiten, die Anpassung der
42 Schichtpläne an den ÖPNV oder Unterstützung bei der Organisation sicherer Heimfahrten
43 sein.

44

45 **Der DGB fordert die Unfallversicherungsträger auf,**

- 46 • Kampagnen für mehr Sicherheit auf dem Arbeitsweg zu verstärken – insbesondere
47 mit Blick auf den öffentlichen Nah- und Regionalverkehr.
- 48 • Best-Practice-Beispiele für die Förderung sicherer Arbeitswege zu sammeln und
49 zur Verfügung zu stellen.
- 50 • Schulungen und öffentliche Informationskampagnen für Arbeitnehmende und
51 betriebliche Interessenvertretungen zu fördern, um für die Bedeutung sicherer
52 Arbeitswege für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Beschäftigten zu
53 sensibilisieren.
- 54 • den gewerkschaftlichen Vertreter*innen in der Selbstverwaltung mehr
55 Möglichkeiten einzuräumen, das Thema „sichere Arbeitswege“ noch stärker in die
56 Gremien der Unfallversicherungsträger einzubringen.

57

58 **Darüber hinaus ist die Bundesregierung aufgefordert,**

59 die Forschung zur Sicherheit von Arbeitswegen, insbesondere mit Blick auf die
60 Geschlechtergerechtigkeit, auszubauen. Dazu sollen regelmäßig Daten über Vorfälle,
61 unsichere Routen und problematische Arbeitszeiten gesammelt und veröffentlicht
62 werden. Diese Daten sollen dazu beitragen, gezielte politische Maßnahmen und
63 betriebliche Lösungen zu entwickeln, um Arbeitswege sicherer zu machen.

64

65 **Der DGB fordert Bund, Länder und Kommunen zudem auf, umfassende Maßnahmen zur**
66 **Verbesserung der Infrastruktur für sichere Arbeitswege zu ergreifen:**

67 **Infrastrukturförderung und feministische Stadtplanung**

- 68 • Ausbau und Verbesserung von Fahrrad- und Fußwegen, um sichere und attraktive
69 Alternativen zum motorisierten Individualverkehr zu schaffen.
- 70 • Finanzielle Sicherheit und höhere Zuschüsse für die Kommunen.
- 71 • Spezifische finanzielle Förderung für Projekte der feministischen Stadtplanung
72 und für mehr Sicherheit aller Menschen durch
 - 73 • sichere Übergänge und Verkehrsberuhigung an gefährlichen Stellen
 - 74 • verbesserte Ampelschaltungen mit Rücksicht auf Menschen mit
75 Beeinträchtigung, Familien, ältere Menschen usw.
 - 76 • hellere Beleuchtung von Wegen und Straßen.
- 77 • Einführung verbindlicher Standards für die Planung und den (Aus)Bau sicherer

78 Arbeitswege sowohl für den motorisierten Verkehr als auch für Fuß- und
79 Radverkehr.

80 **Ausfinanziertes Jobticket**

- 81 • Einführung eines ausfinanzierten Jobtickets für Beschäftigte, das den Zugang zu
82 sicheren sowie zuverlässigen öffentlichen Verkehrsmitteln ermöglicht und
83 gleichzeitig die Nutzung des ÖPNV fördert.
- 84 • Unterstützung von Unternehmen, die ihren Beschäftigten ein Jobticket anbieten,
85 um die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs zu erhöhen.

86 **Sicherer öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV) und Schienenpersonennahverkehr (SPNV)**

- 87 • Investitionen in die Sicherheit und Zuverlässigkeit des öffentlichen
88 Nahverkehrs.
- 89 • Gewährleistung ausreichender Lichtverhältnisse und Sicherheitsmaßnahmen an
90 Haltestellen und in Verkehrsmitteln, um das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste und
91 Arbeitnehmer*innen zu erhöhen.
- 92 • Für mehr Sicherheit sind eine deutliche Aufstockung der Mittel für mehr Personal
93 in den Verkehrsmitteln und Stationen, zusätzliche Sicherheitskräfte sowie
94 technische Schutzmaßnahmen erforderlich. Dazu gehört auch eine bessere
95 Personalausstattung bei der Bundespolizei und den Landespolizeien für mehr
96 Präsenz im öffentlichen Nah- und Regionalverkehr.
- 97 • Regelmäßige Bus- und Bahnverbindungen mit abgestimmten Umsteigezeiten, auch zu
98 Nacht- und Randzeiten.